

Tagesschichte.

(Berichtigung aus dem Hauptblatt.)

Deutsches Reich.

Berlin. An dem Kapitel des Johanniterordens, das unter dem Vorzeile des Herrmannschen Prinzen Albrecht von Preußen, Regent des Herzogtums Braunschweig, in dessen Palais gestern vormittag stattfand, nahmen teil der Oberstaatsrat Wieland, Geh. Rat Dr. v. Seelow, die Kommandatoren General der Kavallerie und Generaladjudant Graf Schindler, Fürst zu Bentheim und Steinfurt, Graf v. Schloß gen. v. Götz, Wieland, Geh. Rat und Oberpräsident Fürst v. Walhausen, Wieland, Geh. Rat Fürst v. Walramont-Wallendorf, Graf v. Mecklenburg, Kammerherz. v. Globig, Burggraf und Graf Wilhelm zu Dohna-Schlodien, Kammerherrn Freih. v. Plettenberg-Diepenbrock, Graf v. Brodtkorff-Ahlefeldt, Kammerherz. Graf v. Wedel, die Chancellorioten Minister des Admial. Hauses v. Wedel, Graf v. Hohen-Schönau und Kammerherz. Dr. v. Brünnow sowie der Landeskonsistor. Fürst v. Montecuccoli, der an Stelle des als Kommandator abgesetzten Dr. v. Seelow das Amt als Kommandator für die Provinz Brandenburg übernommen hat. Die Beratungen erfreuten sich auf Unterstüzung und Verwaltung von Ordnungs- und anderen Krankenanstalten, auf Kostenberichte, Vorschläge von neu aufzunehmenden Ehrenrittern u. a. m. Für die Herren, die am Kapitel teilgenommen hatten, fand abends beim Prinzen ein Diner statt.

Die bereits früher angekündigten Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder der Solitärfkommission auf Aufhebung der Salzsteuer, der Branntwein-, „Ziegelei-“, der Exportprämien für Branntwein und der Exportprämien für Zucker sind eingegangen. Ferner beantragten sie, den Bundesrat zu verpflichten, die Zölle auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Mais, Mais aufzuheben, sobald die Verkaufspreise die im Antrag Ranz aus dem Jahre 1894 festgelegten Verkaufspreise erreicht haben. Die Anträge lauteten: Bei § 11b bis 11e einschalten: Solange Zölle bei der Einführung von Nahrung- oder Genussmitteln in das deutsche Gebiet erhoben werden, treten i. d. R. §§ 2 bis 18 des Gesetzes betreffend die Echtheit einer Abgabe an Sals vom 12. Oktober 1867 außer Kraft, wird 2. die Verbrauchsabgabe, die durch das Gesetz bestreift die Verhinderung der Branntweins eingeführt, durchweg auf 0,50 M. für das über reinen Alkohol (anstatt 0,70 M.) herabgesetzt (Aufhebung der Branntweinsteuerabgabe), wird 3. § 4c des Branntweinsteuerabgabes (Ausfuhrprämie für Brenner) und 4. §§ 27 und 28 des Badersteuerabgabes (Exportprämien für Baderwaren) außer Kraft gesetzt. — § 11i endlich lautet: Der Bundesrat hat die Zölle auf die nach-namedenen Waren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die daneben gesetzten Preise erreichen: Weizen 215 M. pro Tonne, Roggen 165 M., Gerste 155 M., Hafer 155 M., Hülsenfrüchte 185 M., Lupinen 80 M., Mais 175 M., Mais 115 M.

Zur zweiten Beratung des Reichshaus-haltssatzes für das Jahr 1902 (Gut des Reichskansels des Innern) haben im Reichstag die Abg. Basse- mann, Dr. Hesse, Dr. Paatzke und Röhl (Dessau) folgende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, dass der Reichskansler zu erhalten, im nächstjährigen Etat eine finanzielle Unterstützung für das internationale Arbeitsamt in Basel vorzusehen.

Im Reichstag brachten die Sozialdemokraten einen Antrag auf Errichtung eines internationalen Arbeitsamtes ein.

Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus. 12. Sitzung vom 24. Januar, 15 Uhr. Tagessitzung: Vorlesung der Beratung des Domänen-Klaus. — Als Sotheim (Freiburg) führte aus: Beruhren müsse er die Neuverordnung von Domänen, die zur Ausdehnung in kleine Besitzungen wie geschlossen seien. Die Verhinderung des Grundbesitzes sei nicht so erheblich; die kleinen Teilhaber würden aber die Verhinderung feiern, bis dann eine Kolonie, ein Viehherbergs oder vergleichbares kommt und den Hofstand größer werde, als er je vorher gewesen ist. Redner legt dann die Gründe dar, aus denen keine Gründe gegen die Erhaltung der Ganzbesitzrechte seien. An der Förderung einer durchgehenden Enquete über die Rechten des ländlichen

ländlichen Rothandes müsse er festhalten. Alldaum verließ es eine Enquete des Rechnungshofes, in denen ausgeführt wird, daß durch die Befreiung die Landwirtschaft ertragbarer gemacht werden kann und erfordert weiter die Sicherstellungsschäfte unter dem Staatsfonds die Getreidepreise. Er steht mit der Förderung, daß man von seinen Freunden die volle Befreiung einer Überzeugung annehmen. (Beschluß stimmt.) Großbrem. v. Brodtkorff blieb, da mehr an den Staat zu halten und nicht zu zusätzlich auf den Solitärf einzugehen. Abg. v. Wangenheim (Löbau) meint, eine allgemeine Steigerung der Befreiung würde den Landwirtschaftspreis wenig nützen, denn wenn alle Befreiung Befreiung tragen würden, würden die Befreiungswerte wieder sinken. Der Landwirtschaftspreis solle man darüber hinweg für die Nähe und Arbeit, die sie im Interesse der Allgemeinheit aufwende. Was den Solitärf anlangt, so hängt von dessen Gestaltung nicht nur die Erfüllung der Landwirtschaftsziele, sondern auch die Zukunft Deutschlands ab. Minister v. Bodenbissel bemerkte, er wolle den Deutschen bald durchaus seinen Vorwurf auf ihrer politischen Stellung machen. Das könne ihm auch der Abg. Schröder aus der Kommunisten bestätigen. Abg. Barth (West. Berg) erklärte, seine Freunde könnten mit allen Kräften sagen, daß die Bauern nicht in den sozialdemokratischen Lager übergangen. (Beschluß rechts: Als Freunde der Sozialdemokratie.) Ein deutscher Abg. für die Zukunft werde nicht geschaffen durch eine plausiblere Einschätzung der Konstitutionalität, die doch durch die Verhandlung herbeigeführt wurde. Selbst eine Autorität der Agrarier, Prof. Schricker, habe anerkannt, daß die Befreiungswerte nicht erhöht werden könnten ohne eine Kompensation für die Arbeiter durch Erhöhung des Aufschlags des Betriebs- und Kostenpreises (Widerpropos). Wenn er, Redner, auch nicht glaube, daß die Politik der Agrarier von volkswirtschaftlichen Ideen ausgehe, so möchte er doch, daß sie dazu führe (Sich richtig stimmt). Abg. Engelbrecht (St. L.) stellte ob, ob den Beratungen der Unterkommission auf die gegen die Mahnregel stimmt, die im Interesse der Landwirtschaft vorgezogen werden. Abg. Graf Bismarck-Stern (Löbau) bezeichnete die Politik der Rechten als die richtige; das beweist die Entwicklung in Amerika. Die Tage der amerikanischen Arbeit ist trotz billiger Lebensmittel nicht besser als die der deutschen. Es möchte schwierig noch empfehlen, hier nicht immer den Schein zu erneuen, als ob der Deutsche nicht ebenso handelswirksam bestehen könnte; Deutschland sollte doch mindestens ebenso lange erhalten, wie andere Nationen. — Der Titel „Erträge und Domänen-Vorwerken“ wird genehmigt. — Beim Titel „Einnahme aus den Weingütern“ reicht Abg. Olfers (Bremen) ein, daß die neu erworbene östliche Weinherrschaft verbleibt. Regierungskommisär Ministerwohrtshausen berichtet, daß die neuerstellte Thiet äußert sich über die neuen Keller- und Kelleranlagen, die auf den neuen Gütern geplant werden. — Der Titel „Weingüter“ wird bestätigt, ebenso die Einnahmen aus Mineralbrunnen und Badeanstalten; nach langer unerlässlicher Debatte wird das ganze Ordinatum genehmigt — Morgen 11 Uhr. Berichtigung der Beratung.

Kiel. Das Schulschiff „Charlotte“ mit dem Prinzen Adalbert an Bord, das am 28. d. Märs. von Bremen aus die Rückreise über Riga, Vigo und Falmouth antritt, wird am 15. März hier erreichen. Wie hier verlaufen, bestätigt der Se. Majestät der Kaiser das durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal heimkehrende Schiff bei der Holtemauer Schleuse zu begleiten. Die „Charlotte“ trat am 4. Juli v. St. die Inlandstreise an und befahlte ingewissen nacheinander Stockholm, St. Petersburg, Wiby, Helsingborg, Christiania, Bremerhaven, Altona, Konstantinopel, Jaffa, Syrakus, Tarent, Korfu und Triest. Nach seiner Rückkehr wird Prinz Adalbert die für ihn erworbene und in Stand gesetzte Villa am Dästerbrooker Weg neben dem Garten des Stationärs und der Swinemündung gegenüber beziehen.

Breslau. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, erhielt der hier lebende Sohn des in China von Nürnberg verstorbenen Leutnanten v. Mutius aus Dienst ein Telegramm, nach dem in dem Befinden des Verwundeten eine fortsetzende Besserung bemerkbar ist. Stuttgart. Die Kammer der Abgeordneten begann gestern die Verhandlungen über die Einheitsmarke. Sie sprachen die beiden Referenten auf sich auf. Der Reichstag entschied, die durch den Vortrag veranlassten Abweichungen nicht zu beanstanden. Der Biedermann v. Kiene empfahl auf politischen, staatlichen und finanziellen Gründen die Ablehnung von Einheitsmarken, da durch letztere das württembergische Referendum gefährdet würde. Die Weiterberatung wurde auf heute verlegt.

Österreich-Ungarn.

Wien. Der Budgetausschuss setzte die Beratung des Budgets des Justizministeriums fort. Im

Aufsatz der Beratung kündigte der Justizminister für die verschiedenen Gebiete der Justizpflege teils fertiggestellte, teils vorbereitete Reformvorschläge an, darunter Reformen des Strafgesetzes und des Prozeßgesetzes, deren baldige Bekämpfung zu erwarten sei. Bezüglich der Handhabung der geltenden Sprachverordnungen der geistlichen Kirche vorgeschrieben sei. Wo er auf bösen Willen stoße, unterlässe er es nicht, dem entgegenzutreten. Den Umgang von geheimen Verfassungen hätte er nicht für notwendig. Bezüglich der Befreiung von Beamtenmöbeln richte er sich nur nach dem Gesetz, das ihm vorschriftliche, die verbindlichsten und vertraulichsten Personen zu berücksichtigen, die die erforderlichen Kenntnisse aufweisen, woge auch die Sprachenkenntnis gehöre.

Die „Deutsche Zeitung“ legt dar, daß sich die innerpolitische Lage seit einigen Tagen etwas hoffnungsloser gestaltet habe und einen lichteren Ausblick in die nächste Zukunft bietet. Diese Stimmungsbesserung sei durch den leidlichen Fortgang der Arbeiten im Budgetausschusse verursacht worden. Es sei ein Glück zu nennen, daß das Plenum des Abgeordnetenhauses noch nicht zusammengetreten sei, denn dieses würde vielleicht die Arbeiten hemmen. Auch der Meinungsaustausch über die Sprachenfrage gebe der Hoffnung Raum, daß die drohenden Krisen überwunden werden dürften.

Buda-Pest. Der „Vater Lloyd“ meldet: Da in letzter Zeit unter Vorsitz des Kaisers abgehaltenen militärischen Konferenzen haben vornehmlich der Schlesische und der Präge der Reorganisation der Feldartillerie gegolten. Ein erster Teilbericht für neue Geschütze wurde in den Herrenvorantrag für 1903 eingeholt werden; der Antrag soll mit der Beschaffung von Gebirgs Geschützen gemacht werden. Auch Haubitzenbatterien sollen errichtet und die Gebirgsartillerie soll weiter ausgebaut werden.

Sachsen. Der „Vater Lloyd“ meldet: Da in letzter Zeit unter Vorsitz des Kaisers abgehaltenen militärischen Konferenzen haben vornehmlich der Schlesische und der Präge der Reorganisation der Feldartillerie gegolten. Ein erster Teilbericht für neue Geschütze wurde in den Herrenvorantrag für 1903 eingeholt werden; der Antrag soll mit der Beschaffung von Gebirgs Geschützen gemacht werden. Auch Haubitzenbatterien sollen errichtet und die Gebirgsartillerie soll weiter ausgebaut werden.

Paris. Im gestrigen Ministerrate wurden zwei vom Finanzminister Gallieni vorgesehene Dekrete unterzeichnet. Durch das erste wird eine Kommission eingesetzt, die die an französische Staatangehörige anlässlich der Wahlen in China zu zahlenden Entschädigungen festzulegen soll, während das zweite den Gang des Verfahrens regelt, ebenso die Einnahmen aus Mineralbrunnen und Badeanstalten; nach langer unerlässlicher Debatte wird das ganze Ordinatum genehmigt — Morgen 11 Uhr. Berichtigung der Beratung.

Kiel. Das Schulschiff „Charlotte“ mit dem Prinzen Adalbert an Bord, das am 28. d. Märs. von Bremen aus die Rückreise über Riga, Vigo und Falmouth antritt, wird am 15. März hier erreichen. Wie hier verlaufen, bestätigt der Se. Majestät der Kaiser das durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal heimkehrende Schiff bei der Holtemauer Schleuse zu begleiten. Die „Charlotte“ trat am 4. Juli v. St. die Inlandstreise an und befahlte ingewissen nacheinander Stockholm, St. Petersburg, Wiby, Helsingborg, Christiania, Bremerhaven, Altona, Konstantinopel, Jaffa, Syrakus, Tarent, Korfu und Triest. Nach seiner Rückkehr wird Prinz Adalbert die für ihn erworbene und in Stand gesetzte Villa am Dästerbrooker Weg neben dem Garten des Stationärs und der Swinemündung gegenüber beziehen.

London. Der Prinz von Wales trat gestern abend 8 Uhr die Reise nach Berlin an.

Unterhaus. O'Kelly fragte an, ob die Politik der britischen Regierung die Aufrechterhaltung der bisherigen Lage in Afrika mit Einschluß der Mandatsbezirke bestätigt, ob die Politik der Regierung hinsichtlich Persien mit der Belohnung eines Schenkens im Persischen Golf seitens der Russen vereinbart sei. Staatssekretär des Auswärtigen Granborne erwiderte, es sei wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eines der Ziele der Politik der Regierung im äußersten Orient die Aufrechterhaltung des status quo in China sei, wie dies vertragsmäßig festgestellt wurde. Die Belohnung eines Hafens im Persischen Golf seitens irgend einer Macht würde mit der Aufrechterhaltung der bisherigen Lage, die die Politik der Regierung anstrebt, unvereinbar sein. Es kann eine einfache Tagesordnung an, die sodann mit 452 gegen 88 Stimmen aus der Kammer angenommen wurde.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer werden am 13. oder 20. April stattfinden.

Großbritannien.

London. Der Prinz von Wales trat gestern abend 8 Uhr die Reise nach Berlin an.

Unterhaus. O'Kelly fragte an, ob die Politik der britischen Regierung die Aufrechterhaltung der bisherigen Lage in Afrika mit Einschluß der Mandatsbezirke bestätigt, ob die Politik der Regierung hinsichtlich Persien mit der Belohnung eines Schenkens im Persischen Golf seitens der Russen vereinbart sei. Staatssekretär des Auswärtigen Granborne erwiderte, es sei wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eines der Ziele der Politik der Regierung im äußersten Orient die Aufrechterhaltung des status quo in China sei, wie dies vertragsmäßig festgestellt wurde. Die Belohnung eines Hafens im Persischen Golf seitens irgend einer Macht würde mit der Aufrechterhaltung der bisherigen Lage, die die Politik der Regierung anstrebt, unvereinbar sein. Es kann eine einfache Tagesordnung an, die sodann mit 452 gegen 88 Stimmen aus der Kammer angenommen wurde.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer werden am 13. oder 20. April stattfinden.

Spanien.

Madrid. Neben den Stand der zwischen der spanischen Regierung und dem Bataillon schwebenden Fragen liegt von hier folgendes neue Dilemma vor:

Die Grundzüge des Einvernehmen zwischen dem bisherigen Kabinett und dem Heiligen Stuhle sollen bereits festgestellt gewesen sein, sodass man insbesondere in den nächsten Tagen das Zustandekommen der Vereinbarung für die allernächste Zeit erwarten zu dürfen glaubte. In letzter Stunde berichtete jedoch die Vereinbarung und der spanische Botschafter beim Heiligen Stuhle, Marquis Pidal, gab seine Entlassung. Um Rücksicht auf Marquis Pidal will man einen Weisungsfaktor erläutern, daß der Ministerpräsident Sagasta auf die Veränderungen gewisser Bestimmungen des Kontrakts nicht verzichten wolle, wozu jedoch Marquis Pidal, der sich von Anfang an gegen eine solche Revision ausgesprochen hatte, die Hand nicht geboten habe.

Pretoria.

„Reuter“-Meldung: Oberst Relewich

melde unter dem gestrigen Tage: Vorgestern wurde eine aus 12 Mann bestehende Patrouille unter Leutnant Woodhouse von 150 Büren umzingelt.

Die Patrouille kämpfte, bis 4 Büren verwundet waren.

Die Räubergruppen werden einige Monate dauern.

Rußland.

St. Petersburg. „Moskowskaja Wedomost“ und „Birzhevaja Wedomost“ teilen aus zweckmäßiger Quelle mit, daß eine außerordentliche gesamtstädtische Gesellschaft in nächster Zeit hier einstreifen werde.

(Wiederhol.)

Griechenland.

Athen. Die „Frank“ (Ag. 2) meldete von hier: Als

der König gestern im Königl. Garten spazieren ging, stürzte ein Mann mit gefährlichem Messer auf den König zu.

Der Gouverneur parierte den dem König ausgedachten Stoß und wurde verwundet. Der Attentäter wurde verhaftet, er sieht grausam aus zu sein. — Hierzu liegt und heute eine Meldung der „Agence Havas“ vor.

Die Räubergruppen werden einige Monate dauern.

Die Räubergruppen werden einige Monate dauern.